



Wachsende Armut

Passiv- und Plus-Energie- Häuser

Aus dem Gemeinderat

Energiewende jetzt!

Finanzkrise

Der besondere Film

ARMUT verhindern

SOMA-Märkte - Kein Grund zum Feiern

Die hohe Nachfrage nach Sozialmärkten ist kein Grund zum Feiern. Denn immer mehr Menschen in Österreich können mit den zur Verfügung stehenden Einkommen nicht mehr den notwendigen Bedarf an Lebensmitteln in „normalen“, allen Menschen zugänglichen Lebensmittelgeschäften decken. Diese Situation zeigt massive sozialpolitische Probleme auf - niedrige Löhne, fehlende Arbeitsplätze, zu wenig leistbarer Wohnraum, steigende Preise etc. Diese Probleme können mit noch so vielen Sozialmärkten weder verhindert noch entschärft werden.

Die Grünen sehen die Sozialmärkte als akute Maßnahme zur staatlichen Armutsbekämpfung und nicht als Ersatz. Weder bei den Eröffnungsreden noch in der aktuellen politischen Diskussion werden Handlungen in Richtung adäquate Lösungen gesetzt. Im Gegenteil - Armut wird verwaltet, gesellschaftliche und strukturelle Ursachen von Armut bleiben ausgespart.

**Grüne Gewerk-
schafterInnen
Niederösterreich**

**AK-Wahl 2009,
5. - 18. Mai**



Wer profitiert vom neoliberalen Wirtschaftssystem?

Die erst beginnende Wirtschaftskrise bringt unsägliches Leid mit sich. In Amerika verlieren jeden Tag 10.000 Familien ihre Wohnung. Bei uns steigt Arbeitslosigkeit und Armut. Die westlichen Regierungen haben in einer Angstreaktion auf den Börsenkrach unglaubliche Summen in das kranke Bankensystem gepumpt. Aber irgendwelche strukturellen Maßnahmen wurden nicht getroffen. Die Verantwortlichen des Finanzkapitals haben astronomische Macht und Reichtum errungen, ohne jegliche soziale und demokratische Kontrolle. Die Annahme, der freie Markt würde automatisch zur bestmöglichen Lösung führen, ist von der Wirklichkeit widerlegt worden. Eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftssystem ist daher notwendig - Börsenaufsicht, staatliche Beteiligung in den Banken, Regulation für die Finanzmärkte. Anstatt einigen Spekulanten astronomische Vermögen zu verschaffen, müssen die Finanzmärkte der Wirtschaft dienen.

Liane Marecsek

Wachsende Armut braucht sozialpolitische Lösungen

Österreich ist das fünftreichste Land der Welt, trotzdem leben mehr als eine Million Menschen in Haushalten mit Einkommen unter der so genannten Armutsgefährdungsschwelle.

Wenn Milliarden zur Rettung der Banken in die Hand genommen werden, müssen endlich auch Mittel für effektive Armutsbekämpfung freigemacht und die entsprechenden Maßnahmen umgesetzt werden.

Maßnahmenpaket zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut

Die Armutskonferenz hat einen Aktionsplan 2008 zur Bekämpfung von Armut erstellt, der sich in vielen Punkten mit dem Grünen Maßnahmenkatalog deckt. Hier ein Auszug:

Einführung einer umfassenden Mindestsicherung (inkludiert eine Reform des Sozialhilfewesens)

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, all jenen ein finanzielles Existenzminimum zu sichern, die dazu die Hilfe der Gesellschaft benötigen. Aus der Arbeit mit auf Sozialhilfe Angewiesenen wird deutlich, dass die Höhe der Sozialhilfe (so wie auch die Ausgleichszulage in der Pensionsversicherung) in sehr vielen Fällen nicht ausreicht, um einen angemessenen Lebensstandard sicherzustellen. Die Folge sind Unterversorgung in zentralen Lebensbereichen und/oder Verschuldung, die die nachhaltige Überwindung der Armutslage verunmöglicht. Sollen Sozialleistungen, die ein finanzielles Existenzminimum sicherstellen tatsächlich existenzsichernd sein, braucht es auch eine neue Berechnung der Sozialleistungen.

Nachhaltige Maßnahmen zur Energiekostensenkung

Die Teuerung in den beiden großen Bereichen „Energie“ und „Wohnen“ drückt schwer auf einkommensarme Haushalte. Jetzt schon können es sich 313.000 Menschen in Österreich - also vier Prozent der Wohnbevölkerung - nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten, davon 83 000 Kinder (Quelle: Statistik Austria, EU-SILC).

Auch wenn der Ölpreis in letzter Zeit stark gefallen ist, haben die Preise vom vergangenen Sommer gezeigt, welches Preisniveau binnen kürzester Zeit erreicht werden kann. Langfristig wird der Ölpreis das Niveau vom Sommer wieder erreichen und noch weiter ansteigen.

Menschen mit geringem Einkommen sitzen in der Energiearmutsfalle, da das untere Einkommensfünftel kein Kapital hat, um notwendige Investitionen zu tätigen. Um Menschen an der Armutsgrenze zu entlasten, müssen die Betroffenen beim Umstieg auf nachhaltige und auf Dauer günstigere Energieformen sowie bei Maßnahmen für einen geringen Energieverbrauch und leistbaren öffentlichen Verkehr unterstützt werden.

Faire Belastung von Vermögen und Vermögens Einkommen

Die Vermögensungleichheit in Österreich ist noch weit größer als die Einkommensungleichheit.

Über zwei Drittel der österreichischen Haushalte besitzen kein nennenswertes Geldvermögen. Erst im obersten Zehntel erreicht das Geldvermögen beachtliche Ausmaße. Das reichste Prozent der Haushalte in

Österreich hält 27 Prozent des gesamten Geldvermögens. Das bedeutet: Vermögen ist in Österreich in einem hohen Maß auf wenige Haushalte konzentriert. Die extreme Schieflage in der Vermögensverteilung unterstreicht die politische Notwendigkeit, Reichtum zu besteuern, damit auch diese kleine Gruppe einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet. Neben wirtschaftlichen gibt es gewichtige gesellschafts- und demokratiepolitische Argumente, die für

eine stärkere Besteuerung von Vermögen sprechen: Exzessiver Reichtum in den Händen Weniger gefährdet eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenhalt. Während Armut geringere soziale Teilhabe und geringere politische Mitgestaltung impliziert, bedeutet Reichtum ein Übermaß an politischen Einflussmöglichkeiten. Damit besteht auch eine Gefährdung der Demokratie, da die mit großen Vermögen einhergehende Macht eine gesellschaftliche Privilegierung der

Interessen der Reichen bedingt. Reiche können sich freiwillig sozial ausgrenzen via Privatschulen, privater Gesundheitsvorsorge und privat gesicherten Wohngegenden. Diese Nutzung knapper Ressourcen geht stets auf Kosten von Ärmern.

Ziel muss sein, immer mehr Menschen aus der Armutsfalle – in der es nicht nur um wenig Einkommen, sondern auch um Ausgrenzung und Stigmatisierung geht, herauszubekommen.

Liane Marecsek

Passivhäuser und Plus-Energie-Häuser

Ökologische Sparstrümpfe für Vorausdenker

Gehen Ihnen die Kosten für Heizöl und Gas aufs Geldbörsel bzw. auf die Nerven? Ärgert es Sie auch, abhängig zu sein von den mächtigen Energiekonzernen, welche die Preise erhöhen, wann und wie sie wollen? Gehören Sie auch zu denjenigen, welche weniger genutzte Räume nicht heizen und stattdessen mit dicken Pullis – und dennoch frierend – in der Wohnung oder Haus herumlaufen?

Auf die Jahre gesehen gibt man Unmengen seines hart verdienten Geldes für Heizkosten aus! Die Energieversorgungsunternehmen verdienen prächtig auf unsere Kosten, gleichzeitig sind diese Konzerne jene, die die höchsten Gehälter zahlen, am meisten natürlich in den Vorstandsetagen.

Gleichzeitig gibt es immer mehr Familien die kaum die Heizkosten für den Winter aufbringen können, zumindest nicht ohne Heizkostenzuschüsse.

Möglichkeiten sich von geldgierigen Konzernen unabhängig zu machen, gibt es. Man kann solche auch besichtigen und zwar entweder Passivhäuser oder als besondere Weiterentwicklung Energie-Plus-Häuser.

Passivhäuser

sind besonders gut isoliert, idealerweise mit ökologischen Dämmstoffen und haben dadurch kaum Wärmeverluste aufzuweisen. Sie benötigen daher keine klassische Heizung,

sondern haben eine besondere Lüftungsanlage und meistens nur eine, klein dimensionierte, Zusatzheizung. Das Ergebnis ist ein hoher Wohnkomfort, gekoppelt mit einem niedrigen Energieverbrauch. Die Bauweise ist nicht auf bestimmte Gebäudetypen beschränkt, es gibt z. B. auch Umbauten und Sanierungen, bei denen der Passivhausstandard erreicht wurde.

Passivhausstandard ist keinesfalls nur auf Einfamilienhäuser beschränkt, sondern beginnt sich auch langsam, aber doch, im Mehrfamilienwohnhaus durchzusetzen. Da Häuser im Normalfall sehr lange genutzt werden, ist es wichtig, Neubauten schon jetzt so



Foto: bilderbox.com

zu errichten, dass Passivhausstandard erreicht wird.

Plus-Energie-Häuser oder Positivhäuser sind Weiterentwicklungen von Passivhäusern. Sie erzeugen mehr Energie als sie verbrauchen. Dies wird durch eine Photovoltaikanlage erreicht, die aus Sonnenlicht elektrischen Strom erzeugt. Unterstützt wird das Ganze meistens auch noch durch eine thermische Solaranlage, die Warmwasser erzeugt.

Eine umweltfreundliche Zukunftsperspektive ist ein Elektroauto an den selbst produzierten Ökostrom anzuschließen, und sich auch noch unabhängig von Benzin zu machen.

Judith Weidl

Der Übergang bei der Staasdorferstraße, Höhe Pennymarkt wurde auf Initiative der Grünen Tullns errichtet. Die Grünen Tulln fordern zusätzlich einen Zebrastreifen um die Sicherheit der Fußgänger zu erhöhen.



Versteckt in der Karlsgasse gibt es gerade 5 Fahrradabstellplätze für die Rosen-arcade. Im Gegensatz gibt es einige hundert Abstellplätze für Autos.



Die Entlastungsstraße für die Konrad Lorenz Straße führt durch die Tullnerfelder Pampas. Der Umweg ist zu groß und deshalb wird die Entlastungsstraße kaum angenommen.

In Salamtaktik wird Jahr für Jahr aber todsicher der Auwald westlich von Langenlebar abgeholzt. In kleinen Schritten wird der Auwald gemordet.

Aus dem Gemeinderat

Aufsichtsrat der Messe AG

Jedes Jahr schießt die Gemeinde der Messe AG rund 73.000 € zu. Die Verwendung dieser Gelder wird nicht im Gemeinderat, sondern im Aufsichtsrat der Messe AG geprüft. In diesem sind nur VertreterInnen von ÖVP und SPÖ vorhanden.

Diesem Antrag wurde von Seiten der ÖVP die Dringlichkeit abgesprochen. Ein neuerlicher Antrag zum Tagesordnungspunkt Messe AG wurde von der ÖVP und SPÖ abgelehnt.

Errichtung eines Parks im Severin-Viertel

In Tulln werden derzeit 600 Wohnungen geplant. Die Stadt wird immer größer und dichter verbaut. Das Gebiet zwischen Staasdorfer Straße, Königstetter Straße und Südumfahrung wurde in den letzten Jahren stark besiedelt. Waren es früher die umliegenden Felder, die für die Naherholung dienten, so ist dies mit der Errichtung des „Universitätsviertels“ nicht mehr gegeben. Es fehlt an Grünraum und Rückzugsgebiet für die Menschen.

Die Grünen forderten daher, im Gebiet zwischen Staasdorfer Straße, Königstetter Straße und Südumfahrung einen großzügigen Park zu errichten.

Der Antrag wurde dem Planungsausschuss zugewiesen.

Stellungnahme und Änderungsanträge zum Voranschlag 2009

Antrag 1:

Das Budget für die Haushaltsstelle Frauenprojekte soll 6.000 €

betragen und nicht wie im Voranschlag vorgeschlagen 1.800 €.

Antrag 2:

Das Budget für die Haushaltsstelle Zivilschutz-Sonstige Ausgaben soll 4.000 € betragen und nicht wie im Voranschlag vorgeschlagen 900 €.

Antrag 3:

Das Budget für das Projekt Tulln Offensive im außerordentlichen Haushalt soll € 2.100.000 betragen und nicht wie geplant 6.240.000 €.

Mit großer Sorge sehen die Grünen die finanzielle Zukunft Tullns. Der Schuldenstand Tullns wird allein im Jahr 2009 geplanterweise um 25 % steigen. Von 38,3 Mio EUR auf 48,0 Millionen. Hauptschuld daran tragen unter anderem die Kosten für die Tiefgarage von 6,2 Mio (vor einem Jahr glaubte man noch mit 2,1 Mio auszukommen). Früher galt es einmal als Richtwert in Tulln den Schuldenstand nicht größer werden zu lassen als die Summe des ordentlichen Haushaltes: Davon entfernt sich Tulln mittlerweile meilenweit: Das ordentliche Budget beträgt nämlich nur 35,0 Millionen.

1. und 2. Antrag wurde angenommen, Antrag 3 abgelehnt.

Erledigungen von Gemeinderatsanträgen

Aufgrund eines Grünen Antrages werden im nächsten Jahr zusätzlich 78 Radabstellplätze am Bahnhof Tulln zur Verfügung gestellt.

Der Umbau der Ampelanlage auf Bewegungsmelder bei der Kreuzung Alter Ziegelweg/Egon Schiele-Gasse wurde von der ÖVP abgelehnt.



Peinliche Vorverurteilung

Vor kurzem habe ich folgendes erlebt, als ich in Wien mit dem Bus zur Arbeit gefahren bin. Zwei ältere Herren steigen ein. Der Lenker des Busses steigt zu, diesmal augenscheinlich kein „Inländer“, sondern afrikanischer Herkunft. Er grüßt höflich! Sofort tuscheln die beiden Männer: „Schau, ein Schwarzer, die werden auch immer mehr bei uns!“ Der Busfahrer fährt los, hält bei der nächsten Station, fährt weiter, bremst nach 10 Metern, hält an. „Jo, was mocht a denn do jetzt?“, höre ich einen der älteren Männer sagen. Der Busfahrer öffnet die Bustüre, lässt eine gehbehinderte, alte Dame einsteigen. Er steht sogar auf, hilft ihr beim Einsteigen, und wartet mit dem Weiterfahren, bis sie sitzt. Das habe ich bis jetzt noch nicht erlebt. Weder ein Begrüßen der Fahrgäste beim Einsteigen, noch ein Extra-Halt plus Einsteighilfe für eine alte Dame. Grantiges Schimpfen, unhöfliches Anknurren der Fahrgäste jedoch sehr wohl! – Auf jeden Fall waren die beiden älteren Herren beschämt, und plötzlich sehr still...

Judith Weidl

Judith Weidl



Kommentar

Seit 1.1. können in Österreich Spenden an Hilfsorganisationen steuerlich geltend gemacht werden. Dies ist sehr lobenswert, denn dadurch erhöht sich wahrscheinlich die Gesamthöhe der Spenden. Allerdings hat Finanzminister Pröll sich erfolgreich dafür eingesetzt Umweltorganisationen von dieser steuerlichen Absetzbarkeit auszunehmen. Da diese aber nur 5 % der Spenden erhalten ist ihre Ausgrenzung wirtschaftlich keinesfalls zu rechtfertigen. Vielmehr sieht das Ganze danach aus, als ob sich der jetzige Finanzminister Pröll an Greenpeace, Global 2000, etc. revanchieren möchte. Schließlich wurde er als Umweltminister in der letzten Regierung doch einige Male (zu Recht) heftig von den sehr selbstbewussten Gruppen kritisiert.

Zeigen Sie ihre Solidarität und spenden Sie (weiterhin) Geld an die anerkannten Umweltorganisationen. Sie können das Geld aufgrund der Finanzkrise und des Steuernachteils sicherlich sehr gut brauchen.

Rainer Patzl

Energiewende jetzt!

Die Gaskrise zeigt uns, dass es höchste Zeit ist die Abhängigkeit zu beenden.

Das Ausbleiben der Gaslieferungen aus Russland am Jahresanfang hat es gezeigt: Wir sind abhängig, sehr sogar.

Doch wie verhält sich die österreichische Bundesregierung? Arbeitet man an einem Energiemasterplan um den Ausstieg aus Öl und Gas zu erreichen? Nein. Stattdessen handelt man wie ein Drogenkranke. Wenn der Stoff von einer Quelle nicht zu bekommen ist, versucht man eine andere anzupapfen.

Wie heißt die vermeintliche Lösung: Nabucco. Dies ist nicht nur der Name einer Oper von Verdi, sondern auch ein neues Pipelineprojekt um Gas aus dem Bereich um die Kaspische See nach Europa zu bringen. Damit ist man nicht mehr abhängig von den unsicheren Staaten Russland und Ukraine, sondern begibt sich in die Abhängigkeit der Staaten Turkmenistan und Aserbaidschan. Fertigstellung der Pipeline: Irgendwann im nächsten Jahrzehnt, Kosten: extrem hoch.

Die viel bessere Lösung ist keine neue Erdgaspipeline. Es muss mittelfristig gelingen, die viel beschworene, Energiewende zu schaffen:

Senkung des Energieverbrauchs

Umstieg auf erneuerbare Energieträger, Verzicht auf Öl, Kohle und Gas.

Das geht natürlich nicht von heute auf morgen, aber wenn man nicht entschieden beginnt die ersten Schritte zu machen, wird man nie ankommen.

Uns muss bewusst sein, dass alle fossilen Energieträger endlich sind, früher oder später also sowieso ausgehen bzw. so teuer werden, dass eine Nutzung nicht mehr leistbar ist. Die Ener-

giepreise vom letzten Sommer waren erst ein Vorgeschmack auf das, was uns in einigen Jahren erwarten wird.

Wer also heute schon mit dem Umstieg beginnt, der hat zukünftig einen enormen Vorteil gegenüber allen, die glauben mit Lösungen aus den 70er Jahren die Energiekrise zu bewältigen.

Ganz konkrete erste Schritte, die heute den Weg in die Energiewende ermöglichen sind:

- Verpflichtung der Hauseigentümer zur Wärmedämmung, falls bestimmte Werte nicht erreicht werden. Schafft bzw. sichert viele heimische Arbeitsplätze und reduziert den Heizbedarf alter Häuser manchmal um mehr als 80 %.
- Passivhausstandard im Neubau.
- Ein Ökostromgesetz nach Vorbild Deutschlands, damit in diesem Bereich wirklich deutlich mehr Strom aus erneuerbaren Energieträgern erzeugt wird.

Natürlich gibt es noch viel mehr Maßnahmen, die notwendig sind, aber das Wichtigste ist zu beginnen, denn die Zukunft rückt näher.

Rainer Patzl



Foto: bilderbox.com

Finanzkrise: Obama macht Hoffnung

Niederösterreich spielt am globalen Finanzmarkt mit. Und: Die Casino-Mentalität hat auch die Gemeinden erfasst. Ausgerechnet von den USA geht jetzt der Kurswechsel aus. Die Regulierung der Finanzmärkte steht für Barack Obama ganz oben auf der Liste.

Niederösterreich ist anders. Kein anderes Bundesland hat die Darlehen der Wohnbauförderung auf den Finanzmärkten geparkt. In zwei Tranchen (2001, 2007) wurden rund 4,5 Milliarden Euro lukriert und in Fonds veranlagt. Da die NiederösterreicherInnen brav ihre Darlehen bezahlen werden, wird das Risiko als gering eingestuft. Die Ähnlichkeit mit den Ursprüngen der „sub-prime-crises“ in den USA ist gegeben, wo Hypothekarkredite als so genannte CDO (collateralized debt obligations)* in Veranlagungen eingestreut wurden.

LR Sobotka hat sich für diese riskanten Finanzgeschäfte mit dem Grundsatzbeschluss im Jahr 2001 einen Freibrief der Landtagsfraktionen – die Grünen ausgenommen – geholt. Ob ethisch veranlagt wurde, ist unwahrscheinlich. Bekannt ist, dass 2008 Verluste geschrieben wurden, aber nicht in welcher Höhe. LR Sobotka ist seiner Pflicht der Information aller Landtagsklubs 2008 erstmals nicht nachgekommen! Schätzungen liegen bei rund € 500 Mio. Verlust. Besonders pikant ist das „Marketing“ der VP-Verluste: Es suggeriert, dass die NÖ Sozialpolitik ohne die Gewinne der letzten Jahre unfinanzierbar gewesen wäre. Das verheißt in Anbetracht der jetzigen Verluste nichts Gutes.

Gemeinden in Casinos gelockt

Die Politik von Pröll und Sobotka sucht in Österreich ihresgleichen und hat einige Gemeinden mit dieser

Casino-Mentalität infiziert. Dabei haben die NÖ BürgermeisterInnen nur das gemacht, was ihnen vom Land und seinen Hausbanken vorgeführt wurde. LR Sobotka und Co. sind sich offensichtlich ihrer Verantwortung nicht bewusst, wenn sie jetzt lediglich auf die Autonomie der Gemeinden verweisen. Die ÖVP hat im Landtag mit ihrer Mehrheit ein „Placebo-Gesetz“ beschlossen, denn externe Beratung bei riskanten Finanzprodukten mussten



Foto: bilderbox.com

Gemeinden aufgrund einer EU-Richtlinie schon bisher machen. Fürs „Verzocken“ von Steuergeldern waren und sind die Grünen nicht zu haben. Weder bei riskanten Finanzgeschäften auf Gemeindeebene, noch bei Veranlagungen von Wohnbaufördergeldern durch das Land. Die Zeche bezahlen die BürgerInnen. Gierige Finanzpolitik ist eine Gefahr für das Gemeinwesen.

Obama und Europa?

Die Grünen wurden jahrelang überstimmt, wenn sie als Einzige gegen



Dr. Helga Krismer,
Landtagsabgeordnete

die neoliberalen Trends aufgetreten sind. Der neue Präsident Obama macht Hoffnung. Er hat erkannt, dass es dringend einer Regulierung der Finanzmärkte bedarf: Rating-Agenturen brauchen Reglements, Finanzprodukte müssen nachvollziehbar sein. Selbst in der Krise haben viele an den Börsen Gewinne gemacht! Übrig bleiben die KleinunternehmerInnen, die kreditnehmenden Haushalte und jene, die auch vor der Krise nicht auf die „Butterseite“ gefallen waren, bei uns und insbesondere im Süden der Welt. Letztendlich geht es nun darum, dass der Finanzmarkt wieder Bezug zur Realwirtschaft bekommt. Wie sehr uns das Schleudern der Finanzmärkte ins Trudeln bringt, haben wir alle erkennen müssen. Wo bleibt die EU? Werden Steueroasen wie Liechtenstein und Jersey endlich stillgelegt? Die Euro-Zone muss die ausgestreckte Hand Obamas ergreifen, damit die Weltordnung wieder gerechter wird. Keine Hoffnung gibt die ÖVP Niederösterreich, die weiter auf das Glück der Veranlagungen setzt...

* **Debt Obligation (CDO)** ist ein Überbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe der forderungsbesicherten Wertpapiere (Asset Backed Securities) und strukturierten Kreditprodukte gehören. CDOs bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Diese werden in drei Risiko-Tranchen eingeteilt. CDOs sind ein wichtiges Refinanzierungsmittel für Banken auf dem Kapitalmarkt.

IDER BESONDERE FILM!



Liebe KinofreundInnen!

Ab Februar starten wir in die mittlerweile 3. Staffel des "Besonderen Films".

Alle Vorstellungen finden im **Kinocenter Tulln**, Langenlebarner Straße 9 statt.
Karten an der Abendkasse erhältlich, zum Sonderpreis von 3 €.



Do 26. 2. Let's Make Money 20 Uhr

Die spektakuläre und aktuelle Dokumentation von Filmemacher Wagenhofer verfolgt die Spur unseres fragwürdigen globalen Finanzsystems, und blickt hinter die Kulissen. Hochspekulative Geldgeschäfte, auf Kosten der Natur, der Tiere, der Entwicklungsländer und deren Bevölkerung in Form von Billiglohn- bzw. Kinderarbeit, treiben die Kluft zwischen Reich und Arm immer weiter auseinander. Der Film zeigt aber auch auf, wie schnell es durch das System der „freien Marktwirtschaft“, welche keinerlei Regeln, Grenzen oder Kontrollen unterliegt, zu einer weltumspannenden Finanzkrise kommen kann.

Ö 2008, 90 min., R: Erwin Wagenhofer



Do 26. 3. Blindsight 20 Uhr

Der Dokumentarfilm begleitet sechs blinde Jugendliche aus Tibet bei ihrer Besteigung des 8000ers "Lhakpo Ri". Im Zeitraum von 4 Monaten wird porträtiert, wie eine blinde deutsche Lehrerin mit Hilfe eines amerikanischen Bergsteigers den blinden, tibetanischen Jugendlichen während des Aufstieges Lesen und Schreiben in Braille-Schrift lehrt, und ihnen gleichzeitig Selbstwehrtgefühl und Würde verleiht, durch die Kraft und den Willen der Jugendlichen, etwas Besonderes zu leisten!

GB 2006, 104 min., R: Lucy Walker



Do 30. 4. Publikums-Wunschfilm 20 Uhr

Sie haben gewählt. Den Siegerfilm präsentieren wir am 30. 4.

Zur Auswahl standen:

Der Baader-Meinhof-Komplex (Spielfilm, D 2008)

Operation Spring (Doku, Ö 2005)

Das beste kommt zum Schluss (Komödie, USA 2008)

Im Rahmen der Präsentation verlosen wir unter allen, die sich an der Wunschfilm-Wahl beteiligt haben 1 Gutschein über 100 Euro für ein Radservice, sowie 5 USB-Sticks.



Do 28. 5. Young @ Heart 20 Uhr

Alte Menschen, deren Leben sich nur noch zwischen Schaukelstuhl und Arztbesuchen abspielt, deren Leben vorbei ist? So, wie es nun mal kommt, wenn man alt ist? Nicht in diesem Film! „Young @ Heart“ ist ein einzigartiger und ungewöhnlicher Chor, der aus 75 - 92 jährigen SängerInnen besteht, deren Mitglieder teilweise beide Weltkriege er- und überlebt haben, und welche die rasante technische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bis heute miterlebt haben. Der Regisseur Stephen Walker begleitet bei diesem Film die weißhaarigen Damen und Herren, und es zeigt sich, dass Lebendigkeit, Engagement, Mut und Humor keine Frage des Alters oder des Geschlechts sind, sondern eine persönliche Einstellung eines Jeden.

GB 2007, 109 min., R: Stephen Walker